



Wöchentliche Steuernachrichten (Tax-News) 25. November 2024*

Fraktionen im EU-Parlament erzielen Einigung zur Kommission Von der Leyen II

Am Mittwoch, den 20. November, erzielten die Fraktionen von EVP, S&D und Renew Europe im Europäischen Parlament eine Einigung über die nächste Europäische Kommission. Mehr als eine Woche nach den Anhörungen der letzten designierten Kommissare waren die drei Fraktionen in eine Patt-Situation geraten, was die Zustimmung zu den sechs Vizepräsidenten der Exekutive und dem designierten ungarischen Kommissar Olivér Várhelyi betrifft. In der so genannten "Erklärung zur Zusammenarbeit auf der Plattform" vereinbarten die drei Fraktionen, während der Legislaturperiode des Europäischen Parlaments (10th) in den folgenden Bereichen zusammenzuarbeiten: - Führung Europas auf der Grundlage gemeinsamer Werte; - eine mutige Agenda für nachhaltiges Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Vorsorge und digitalen Wandel; - eine wirksame Migrationspolitik und die Sicherung Europas; - die Stärkung der Gesellschaften und die Aufrechterhaltung des EU-Sozialmodells; - die Gewährleistung von Lebensmittelsicherheit, Wasser und einer nachhaltigen Umwelt auf integrative Weise; - die Wahrung von Werten und die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit; - die Nutzung der Macht der EU als globale Führungsmacht; - Investitionen in einen modernen Haushalt, der mit den Ambitionen der EU im Einklang steht; - die Reform der EU zur Verbesserung ihrer Handlungsfähigkeit. Im Anschluss an diese Einigung haben die zuständigen Ausschüsse des Europäischen Parlaments Berichten zufolge am Mittwochabend, den 20. November, die Nominierungen der sechs designierten Exekutiv-Vizepräsidenten und des designierten EU-Kommissars, des Ungarn Olivér Várhelyi, bestätigt. Sie fordern jedoch, das Ressort von Olivér Várhelyi erheblich zu reduzieren. Die Abstimmung über die neue Kommission als Ganzes soll wie geplant am Mittwoch, den 27. November um 12 Uhr stattfinden. Um bestätigt zu werden, benötigt das Kollegium der Kommissare die Zustimmung der Mehrheit der abgegebenen Stimmen (Artikel 129(7) der EP-Geschäftsordnung). Vor der Abstimmung wird das Plenum eine Debatte mit der designierten Kommissionspräsidentin von der Leyen über ihr Team und ihr Programm führen. Jede Fraktion oder mindestens ein Zwanzigstel der Abgeordneten kann einen Entschließungsantrag einreichen. Nach der Wahl durch das Parlament und der formellen Ernennung durch den Europäischen Rat mit qualifizierter Mehrheit wird die neue Europäische Kommission voraussichtlich am 1. Dezember 2024 ihr Amt antreten.

Zusammenarbeit bei der Besteuerung vermögender Privatpersonen: G20-Staats- und Regierungschefs verpflichten sich

Am Montag, den 18. November, verabschiedeten die Staats- und Regierungschefs der G20 bei ihrem Treffen in Rio de Janeiro eine Erklärung, in der sie sich unter anderem zur Zusammenarbeit bei der Besteuerung von sehr vermögenden Privatpersonen verpflichteten. "Unter voller Achtung der Steuersouveränität werden wir uns bemühen, kooperativ zu handeln, um sicherzustellen, dass sehr vermögende Personen effektiv besteuert werden. Die Zusammenarbeit könnte den Austausch bewährter Praktiken, die Förderung von Debatten über Steuergrundsätze und die Entwicklung von Mechanismen zur Bekämpfung von Steuervermeidung, einschließlich des Vorgehens gegen potenziell schädliche Steuerpraktiken, umfassen", heißt es in der Erklärung. Die Staats- und Regierungschefs der EU beabsichtigen, diese Fragen im Rahmen der G20 und der OECD weiter zu erörtern. In einer Pressemitteilung begrüßte Gabriel Zucman, Direktor der EU-Steuerbeobachtungsstelle, der die brasilianische G20-Präsidentschaft zu möglichen globalen Reformen der Besteuerung von Superreichen beriet, eine "historische Entscheidung". "Jetzt ist es an der Zeit, den Worten Taten folgen zu lassen und eine umfassende internationale Verhandlung über die Reform der Besteuerung von Superreichen einzuleiten, die über die G20-Länder hinausgeht", sagte er. Die Staats- und Regierungschefs der G20 bekräftigten außerdem ihr Engagement für eine rasche Umsetzung der Zwei-Säulen-Lösung durch alle interessierten Länder, einschließlich zügiger Verhandlungen über das letzte Paket der ersten Säule. "Unsere internationale Zusammenarbeit im Steuerbereich sollte inklusiv und effektiv sein und darauf abzielen, einen breiten Konsens zu erreichen, die Synergien zwischen den bestehenden internationalen Foren zu maximieren und gleichzeitig unnötige Doppelarbeit zu vermeiden", so die Staats- und Regierungschefs.

Unterausschuss für Steuerfragen des EU-Parlaments (FISC) diskutiert mit Steuerexperten der EU-Kommission und der UN über die Zukunft der europäischen und internationalen Steuerpolitik

Am Donnerstag, den 21. November, diskutierten Abgeordnete des Unterausschusses für Steuerfragen (FISC) des Europäischen Parlaments mit Benjamin Angel, Direktor für direkte Steuern, Steuerkoordinierung, Wirtschaftsanalyse und Evaluierung in der GD TAXUD der Europäischen Kommission, Sanya Gbonjubola und Liselott Kana, Ko-Vorsitzende des UN-Sachverständigenausschusses für internationale Zusammenarbeit in Steuersachen, welche Rolle die UNO im Steuerbereich spielen wird, wie sie mit der OECD zusammenarbeiten wird und welche Rolle die EU in beiden Gremien spielen wird. Die eingeladenen Experten gaben einen Überblick über den Stand der Steuerangelegenheiten auf OECD- und UN-Ebene und legten ihre Prioritäten für die Zukunft dar. Zum UN-Prozess sagte Herr Angel, es bleibe abzuwarten, was in der Konvention und in den Protokollen stehen werde. Das erste Protokoll sollte sich mit grenzüberschreitenden Dienstleistungen einschließlich des digitalen Sektors befassen. Dies sei heikel, da es sich mit dem überschneide, was die erste Säule erreichen solle. Er erinnerte auch daran, dass die EU die Notwendigkeit eines Konsenses betont habe, und zwar nicht, weil sie den Prozess torpedieren wolle, sondern weil ein Konsens der einzige Weg sei, eine Konvention zu schaffen, die von einer möglichst großen Zahl von Ländern ratifiziert werden könne, sagte er. Die beiden UN-Sachverständigen betonten, dass die Abkommen die Vielfalt der Interessen und Umsetzungsmöglichkeiten anerkennen müssten und dass es von Vorteil sei, einige wesentliche Steuerfragen auf regionaler Ebene durch multilaterale Abkommen statt auf globaler Ebene zu regeln. Die Abgeordneten äußerten sich besorgt über die Auswirkungen, die der Regierungswechsel in den USA auf die Anwendung des OECD-Abkommens der zweiten Säule und auf die künftige Arbeit an einem OECD-Abkommen der ersten Säule haben könnte. Sie wiesen auch darauf hin, dass die sich verändernde Steuerlandschaft zu einem erheblichen Verwaltungsaufwand führt, der insbesondere durch die Schaffung eines sicheren Hafens im Rahmen der zweiten Säule der

OECD gelöst werden muss. Die Abgeordneten fragten die Experten auch nach ihrer Meinung zur Besteuerung der Superreichen. Herr Angel antwortete, dass dies ein Bereich sei, an dem angesichts der faktischen Unterbesteuerung der Ultra-Reichen und der Notwendigkeit, dass jeder seinen gerechten Anteil an Steuern zahle, sicherlich gearbeitet werden müsse. Allerdings müssten zuvor einige Schritte unternommen werden, wie etwa ein verstärkter Informationsaustausch auf globaler Ebene über Register des wirtschaftlichen Eigentums und der Austausch von Informationen auf globaler Ebene über Immobilieneigentum.

OECD-Forum für Steuerverwaltung (FTA) verabschiedet neue Initiativen zur Unterstützung des digitalen Wandels und zur Verbesserung der Steuersicherheit

Das OECD-Forum für Steuerverwaltung (FTA) hielt seine 17th jährliche Plenarsitzung von Mittwoch, 13. bis Freitag, 15. November, in Athen ab und brachte Steuerkommissare und Delegierte aus 53 Ländern zusammen, darunter Vertreter internationaler Organisationen, regionaler Steuerverwaltungsgremien, der Wirtschaft und der Wissenschaft. Die Kommissare konzentrierten sich auf die Möglichkeiten zur Verbesserung der Effizienz und Effektivität der Steuerverwaltung weltweit und vereinbarten die Entwicklung von Pilotprojekten zur Unterstützung des automatisierten und sicheren Informationsaustauschs zwischen Steuerverwaltungen und Dritten sowie die Vertiefung des Wissensaustauschs über die vertrauenswürdige Nutzung künstlicher Intelligenz und die globale Evidenzbasis zur Unterstützung von Investitionen in die digitale Transformation. Darüber hinaus verpflichteten sie sich, die Umsetzung der globalen Mindeststeuer zu unterstützen und den Rahmen für die Steuersicherheit zu verbessern, um eine frühzeitige Steuersicherheit zu erreichen und Streitigkeiten zu minimieren, sowie die gemeinsamen Bemühungen zum Aufbau von Steuerkapazitäten in Zusammenarbeit mit regionalen Steuerorganisationen zu erweitern, um die Umgestaltung der Steuerverwaltung weltweit zu unterstützen, unter anderem durch ein Peer-to-Peer-Engagement in Bezug auf Führungsqualitäten und die Förderung einer ausgewogenen Geschlechterverteilung und Vielfalt.

Durchschnittliche Steuereinnahmen in den OECD-Ländern bleiben 2023 konstant

Die durchschnittliche Höhe der Steuereinnahmen in den OECD-Ländern blieb im Jahr 2023 weitgehend unverändert, da die Regierungen versuchten, den Druck auf die Lebenshaltungskosten angesichts der zunehmenden Herausforderungen bei den Ausgaben im Zusammenhang mit dem Klimawandel und der Bevölkerungsalterung zu verringern, so ein neuer Bericht, der am Donnerstag, den 21. November von der OECD veröffentlicht wurde. Der Bericht zeigt, dass die durchschnittliche Steuerquote für die OECD-Länder im Jahr 2023 bei 33,9 % liegt, 0,1 Prozentpunkte (p.p.) unter dem Niveau von 2021 und 2022, aber über dem Niveau vor der Pandemie von 33,4 % im Jahr 2019. Im Jahr 2023 stieg die Abgabenquote in 18 der 36 OECD-Länder, für die vorläufige Daten vorliegen, in 17 Ländern sank sie und in einem blieb sie unverändert. Die stärksten Anstiege (um mindestens 2,5 Prozentpunkte) gab es in Luxemburg, Kolumbien und der Türkei, während die stärksten Rückgänge (um mindestens 3,0 Prozentpunkte) in Israel, Korea und Chile zu verzeichnen waren. Der Bericht enthält ein spezielles Kapitel über Gesundheitssteuern, die in den OECD-Ländern immer häufiger erhoben werden, da sie Einnahmen generieren und durch die Verringerung des Konsums schädlicher Produkte die Gesundheitsergebnisse verbessern können. Im Durchschnitt der OECD-Länder beliefen sich die Einnahmen aus Verbrauchssteuern auf Alkohol, Tabak und zuckergesüßte Getränke auf 0,7 % des BIP und generierten 2,2 % der gesamten Steuereinnahmen im Jahr 2022. Allerdings sind diese Einnahmen im Verhältnis zum BIP zwischen 2000 und 2022 in fast allen OECD-Ländern zurückgegangen, wobei der stärkste Rückgang bei den Einnahmen aus den Verbrauchssteuern auf Alkohol zu

verzeichnen war. Am selben Tag veröffentlichte die OECD auch ihren Bericht "Consumption Tax Trends 2024", der die laufenden Bemühungen der Regierungen zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit ihrer Mehrwertsteuersysteme und zur Bekämpfung von Betrug und Nichteinhaltung der Vorschriften hervorhebt.

Gabriela Figueiredo Dias erneut zur Vorsitzenden des (International Ethics Standards Board for Accountants) IESBA ernannt

Das International Ethics Standards Board for Accountants (IESBA) gab am Mittwoch, den 20. November, die Wiederernennung von Gabriela Figueiredo Dias als Vorsitzende für den Zeitraum vom 1. Januar 2025 bis zum 31. Dezember 2026 bekannt. Frau Figueiredo Dias steht seit Januar 2022 an der Spitze des globalen Ethikrates. Während ihrer ersten Amtszeit hat sie die Wirkung des Internationalen Ethik-Kodex des IESBA auf innovative Themen ausgeweitet. Unter anderem leitete sie die Arbeit des IESBA an der Entwicklung neuer Standards, darunter die in Kürze erscheinenden Nachhaltigkeitsstandards sowie Standards, die sich mit den ethischen Dimensionen der Steuerplanung und damit zusammenhängender Dienstleistungen, den transformativen Auswirkungen der Technologie auf die Rechnungslegungs-, Prüfungs- und Finanzfunktionen und der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers bei Konzernprüfungen befassen. Bevor sie zum IESBA kam, war Frau Figueiredo Dias Vorsitzende der portugiesischen Wertpapiermarktkommission (CMVM) und Vorstandsmitglied der Internationalen Organisation der Wertpapieraufsichtsbehörden (IOSCO) und der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA). Außerdem war sie stellvertretende Vorsitzende des Corporate-Governance-Ausschusses der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD).

Haftungsausschluss

Der Newsletter enthält Informationen über europäische Steuerpolitik und Entwicklungen, die aus offiziellen Dokumenten, Anhörungen, Konferenzen und der Presse stammen. Er spiegelt weder die offizielle Position der ETAF wider noch sollte er als schriftliche Erklärung im Namen der ETAF verstanden werden.

Hinweis

Die Übersetzung des englischen Originaltexts erfolgt maschinell. Der DStV steht nicht für die Richtigkeit der Übersetzung ein. Der Originaltext findet sich unter: News - European Tax Adviser Federation (etaf.tax)